



**Haushaltsrede von Oberbürgermeister Torsten Albig  
zu den Haushaltsberatungen der Landeshauptstadt Kiel  
am 9. Dezember 2010**

**„Unser Haushalt für Kiel – Mutig an der Seite unserer Stadt!“**

**Mittwoch, 9. Dezember 2010  
Ratsversammlung im Kieler Rathaus**

**– Es gilt das gesprochene Wort –**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor einem Jahr haben wir einen Haushalt vorgelegt, der für 2011 noch ein Kassenkreditvolumen von 122 Millionen Euro vorsah. Für 2012 von 120 Millionen Euro und für 2013 von 143 Millionen Euro. Heute sehen wir im Haushaltsentwurf 2011 für diese drei Jahre Kassenkredite von „nur“ noch 91, 90 und 100 Millionen Euro.

**In der Summe der drei Jahre also über 100 Millionen Euro weniger Kassenkreditvolumen!**

Ist das gut? Nein, sicher nicht. Denn wir weisen immer noch viel zu hohe Kassenkredite aus, die sich Jahr für Jahr erschreckend aufbauen, wenn es uns nicht irgendwann gelingen sollte, das Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit positiv zu gestalten.

Wenn wir miteinander die Kennzahlen eines doppelten Haushaltes betrachten, ist diese Größe aus dem Gesamtfinanzplan – die Höhe der Kassenkredite – übrigens ganz sicher die entscheidendere als diejenigen aus dem Ergebnisplan, über die wir meistens diskutieren. Aber egal, welche Zahlen wir in den Blick nehmen:

Die Verwaltung legt zu Ihrer Beschlussfassung einen Haushaltsentwurf vor, der wieder mit einem Defizit endet. So wie alle neun seit 2002 vorgelegten Entwürfe.

Der Ergebnishaushalt 2011 weist ein Jahresergebnis von minus 88 Millionen Euro aus.

Einen Kreditbedarf für Investitionen von rund 56 Millionen Euro und ein Kassenkreditvolumen von, wie gesagt, bald 91 Millionen Euro.

Im Plan 2009 war das alles noch ganz anders. Da war im Dezember 2008 ein Jahresergebnis von knapp minus 30 Millionen Euro für 2011 vorhergesagt. Und ein neues Kassenkreditvolumen von minus 38 Millionen Euro.

Was lernen wir daraus?

Haushaltsentwürfe sind Momentaufnahmen und ganz bestimmt keine geeigneten Vorhersageinstrumente für die tatsächliche finanzielle Entwicklung von Städten. Der letzte am Ende ausgeglichene Haushalt der Stadt im Jahr 2008 wurde übrigens von Ihnen im Dezember 2007 noch mit einem Defizit von 44 Millionen Euro beschlossen.

Das Entscheidende passiert offensichtlich immer im laufenden Jahr: im tatsächlichen Haushaltsvollzug und nicht im Entwurf. Das hat nichts mit der mangelnden Qualität unserer Verwaltungsarbeit oder Ihrer politischen Entscheidung zu tun.

Es liegt ausschließlich daran, dass die wesentlichen Beeinflussungsfaktoren kommunaler Haushalte externer Natur sind. Weder von Politik noch von Verwaltung fundamental zu

steuern. Wie entwickeln sich die vorgegebenen Einnahmepositionen? Wie entwickeln sich die vorgegebenen Sozialausgabepositionen?

Was ist das eigentlich: der Haushalt einer öffentlichen Hand? Schicksalsbuch?

Handlungsanweisung? Oder gar Dokument politischer Ohnmacht?

Nichts davon. Ein Haushalt ist die in Zahlen gegossene Realität einer Stadt. Die erlebbare Realität unseres Kiels! Der Stärken und der Schwächen unserer Stadt.

Einer wohlhabenden Stadt. Einer Stadt, die sich rausputzen kann, nicht nur zur Kieler Woche. Einer Stadt, die ihre Schulen wieder pflegt, ihre Kindergärten ausbaut und es dann am Ende sogar noch geschafft hat, fast alle Löcher des letzten Winters zu schließen. Die gepflegte Grünanlagen hat, wundervolle Parks und bezaubernde Promenaden. Das beste Kulturangebot in Schleswig-Holstein, eine der besten Universitäten Deutschlands und tolle Unternehmen. Ganz große aber vor allem viele kleine starke Mittelständler. Insgesamt weit über 100.000 fleißige und motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Aber es ist auch die Realität einer armen Stadt. Einer Stadt mit rund 13.000 Menschen ohne Beschäftigung, mit 30 Prozent aller unter 15-Jährigen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, mit viel zu vielen Menschen, die von öffentlichen Transfersystemen leben müssen. Menschen, die krank sind in ihrer Drogensucht und Menschen, die krank sind in ihrer Einsamkeit. Eine Stadt, in der 2009 mehr als eine viertel Milliarde Euro jährlich an notwendigen Sozialleistungen gezahlt werden muss.

Eine ganz normale Stadt also.

Wieder einmal – zumindest wie in den vergangenen neun Wintern treffen wir uns hier, um darüber zu beraten, was wir denn bloß tun können, um unser ständiges Problem, dass auf der Ausgabenseite eine zwischen 20 und 100 Millionen Euro größere Zahl als auf der Einnahmenseite steht, endlich zu lösen.

Wieder einmal werden Verwaltung oder Politik oder beide als mutlos beschrieben.

„Mut“ ist offenbar eine besondere Kategorie haushalterischer Debatten. „Nun seid doch endlich mal mutig!“ oder „Wir erwarten von Euch ‚mutige‘ Veränderungen!“ schallt es uns entgegen.

Übrigens völlig unabhängig davon, wer in dieser Stadt gerade die Mehrheit stellt. Es wechselt hier im Saal nur regelmäßig die Rolle zwischen denjenigen, die „Mehr Mut“ verlangen und denjenigen, an die die Forderung gerichtet ist.

Dabei ist es doch so einfach: Du hast ein Defizit von X und 10 Jahre, um es auf 0 zu reduzieren. **„ $X + (10(-X/10)) = 0$ “ ist dann die definitive Konsolidierungsformel.**

Bei einem gegebenen Defizit von knapp 90 Millionen Euro und einem Konsolidierungspfad über zehn Jahre müssen wir also nur jedes Jahr neun Millionen Euro Einsparpotential suchen, um das Defizit auszugleichen.

Wollen wir dauerhaft einen Überschuss von 30 Millionen Euro erzielen, erhöht sich der Wert auf jährliche neue zwölf Millionen Kürzungssumme. Und Überschüsse bräuchten wir unabweisbar, wenn wir denn unsere Schulden auch irgendwann mal abzahlen zu können. Der Einfachheit halber unterstellen wir dabei, dass alle Rahmenbedingungen ansonsten gleich bleiben. Also die nicht beeinflussbaren Sozialausgaben und Steuereinnahmen und Finanzausgleichzahlungen bleiben stabil auf dem Wert des Jahres 2011.

Dann mal mutig ans Werk. Rund zwei Prozent des Haushaltes jedes Jahr wegzukürzen, kann nun wirklich keine so große Herausforderung für Verwaltung und Politik sein. Zwölf Millionen Euro sind umgerechnet 267 Vollzeit-Stellen. Jedes Jahr. In zehn Jahren also 2.670 Stellen.

Wäre das mutig? Angesichts nur ausscheidender knapp 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz sicher. Denn, wer es fordert, muss auch betriebsbedingte Kündigungen fordern. Den Austritt aus der Tarifgemeinschaft und einen Kieler Sonderweg der Sozialpläne.

„Nein“, höre ich da die Rufe und sehe die Kommentare in den Medien. Wir meinen doch nur, dass die Verwaltung sich ein wenig besser organisieren muss und etwas sparsamer werden sollte.

Streich einfach „mutig“ zehn Prozent der sozialen Zuwendungen im Haushalt. Mal abgesehen davon, dass dies immer nur Menschen fordern, die keine solchen Zuwendungen benötigen. Oder umgekehrt: Man hört fast nie Streichvorschläge zu Leistungen, die man selber erhält. Aktuell höre ich überhaupt nicht die Idee, dass z.B. die Schneeräumung in Wohnstraßen ausschließlich von den Anwohnern zu leisten wäre (eher im Gegenteil). Davon mal abgesehen, würde dieser „mutige“ Schritt in unserem aktuellen Haushalt bei einem Sozial-Zuwendungsvolumen (ohne Schulen und Kitas) von rund elf Millionen Euro einmalig 1,1 Millionen Euro erbringen.

Zum großen Ziel der Haushaltsnull in 2020 fehlen also noch 10,9 Millionen Euro Kürzung woanders. Aber wir hätten „mutig“ die Arbeit der Stadtmission um 43.000 Euro erschwert.

Die wesentlichen, den Haushalt dominierenden Faktoren bleiben die **sozialen Transferaufwendungen und die Aufwendungen für Personal**.

Das Defizit im Haushalt wenigstens langfristig substanziell und strukturell abzubauen, ist ohne nennenswerte Bewegung in diesen beiden Bereichen unrealistisch.

Bei den Transferaufwendungen hat die LHK nur wenige aktive Handlungsmöglichkeiten. Das zu sagen ist nicht mutlos, sondern zeugt von Realitätssinn.

Der Deutsche Städtetag hat Zahlen und Fakten zur Entwicklung kommunaler Sozialausgaben zusammengefasst.

Darin formuliert der Städtetag. Zitat: *„...Vor dem Hintergrund der dramatischen Finanzlage vieler Städte hält der Deutsche Städtetag ein Maßnahmenpaket von Bund und Ländern zur Bekämpfung des ungebremsten Anstiegs der Sozialausgaben sowie der Verschuldung der Kommunen für unbedingt notwendig. Ziel der im Februar vom Bundeskabinett beschlossenen Gemeindefinanzkommission muss es sein, die Kommunen spürbar zu entlasten und ihre Finanzlage dauerhaft zu verbessern.“* Zitat Ende.

Sozialausgaben werden überwiegend nicht kommunal verursacht. Sie aber zunehmend allein als kommunales Finanzproblem zu verstehen, führt dazu, dass die deutschen Kommunen mit dem Rücken an der Wand stehen. Gesamtgesellschaftliche Herausforderungen müssen auch gesamtgesellschaftlich, also auf Bundesebene, beantwortet werden.

**Meine Verwaltung – wie jede kommunale Verwaltung – teilt diese Forderung des Städtetages uneingeschränkt.**

An dieser Stelle möchte ich aus einem Schreiben aus der Landesregierung von Ende Oktober dieses Jahres zitieren:

***„...Ich bin mir der Haushaltslage der Kommunen durchaus bewusst, muss Sie aber dennoch bitten, die erforderlichen Ressourcen für diese gesetzliche Aufgabe bereitzustellen...“***

Auch beim weiteren Ausbau der Kinderbetreuung hat die Stadt wenig eigene Spielräume. Dieses gesellschaftspolitisch zweifellos richtige Ziel schränkt jede nachhaltige Konsolidierungsanstrengung von vornherein ganz erheblich ein. Gleichzeitig droht die Stadt, spätestens Ende 2013 Klagen von Eltern ausgesetzt zu sein, wenn deren Rechtsanspruch auf Betreuung nicht erfüllt werden kann. Das politische Ziel der 35 Prozent Versorgungsquote reicht niemals, um den Rechtsanspruch zu erfüllen.

Ohne Unterstützung von Land und Bund wird der Ausbau der Kinderbetreuung diese Stadt überfordern und nicht stattfinden können. Rechtsanspruch hin, Rechtsanspruch her!

Auch hier möchte ich aus einer Antwort des Landes zitieren:

***“...Eine weitergehende Entlastung kann ich Ihnen allerdings nicht zusagen. Ich kann Ihnen aber versichern, dass ich sehr wohl die finanzielle Angespanntheit der kommunalen Haushalte im Blick habe. Allerdings halte ich es in keiner Weise für angezeigt, die Standards in den Kindertageseinrichtungen zu verändern.... Eine Veränderung bei den bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen kann ich zurzeit nicht erkennen...”***

Auch hier bleibt man sehr alleine als Stadt.

Schauen wir mal durch die anderen, die sogenannten freiwilligen Leistungsbereiche. Auch sie werden fast alle von Menschen für Menschen erbracht. Sind nicht einfach nur abstrakt da. Wer „mutig“ sein will, muss diesen Menschen dann auch die Wahrheit sagen. Sei es in den Grünflächen, sei es in sonstigen sozialen Dienstleistungen, sei es in den kulturellen Angeboten.

Eine Stadt wird alternativlos nur dann „günstiger“, wenn sie weniger Menschen beschäftigt. Nicht dann, wenn sie allein weniger Aufgaben hat; auch nicht, wenn sie diese Aufgaben klüger organisiert. Beides macht für die Erreichung der Null nur Sinn, wenn am Ende der Prozesse und nicht erst in 21 Jahren die bisher die Aufgaben erledigenden Menschen kein Gehalt mehr von der Stadt erhalten.

Ich bin nicht sicher, ob es wirklich „mutig“ wäre, diese Konsequenz seiner Forderungen auch mal deutlich den Menschen zu sagen und nicht immer so zu tun, als gelänge Konsolidierung auf einem unbemerkten Pfad innerer Optimierung. Ehrlich wäre es in jedem Fall. Denn nicht ohne Grund gibt es keine „Konsolidierung“ in anderen Feldern ökonomischer Realität, wo das Problem zu hoher Kosten anders gelöst worden wäre.

Ehrlich wäre es, klug aber wohl nicht. Denn wer dies tut, hat es versäumt, darüber nachzudenken, warum es diese Stadt und Ihre Stadtverwaltung eigentlich gibt. Ich bestreite entschieden, dass es uns nur deshalb gibt, damit wir uns in absehbarer Zeit abgeschafft haben. Die Null des Haushaltes ist kein Selbstzweck unseres Handelns.

Es gibt „Stadt“, damit sie unterstützt, hilft, begleitet, ausbildet, baut, sauber macht, Chancen schafft oder aufpasst.

Mutig wäre es, endlich einmal zu sagen, dass wir diese „Stadt“ wollen. Dass wir zu den Frauen und Männern stehen, die für uns diese Stadt sichern helfen. Die Frauen und Männer, die morgens um vier den Schneeräumen, die um sechs das Rathaus putzen, um sieben Frühstück im Kindergarten machen, um zehn den Brand in der Küche löschen, um zwölf kranken Migrantinnen helfen, den richtigen Arzt zu finden, um zwei bei der Schularbeitenhilfe aufpassen und Rat geben, um vier den Ausweis verlängern, um sechs die zugeparkte Einfahrt räumen lassen und um acht in der Zauberflöte für uns singen.

Diese Menschen werden in unseren Haushalten, in denen wir angeblich ja so mutlos sind, nur mit Zahlen beschrieben.

Aber sie sind keine Zahlen. Sie sind Teil unserer Stadt. Wichtiger Teil unserer Stadt.

Unverzichtbarer Teil unserer Stadt. Sie sind die wahren Mutmacher unserer Stadt.

Wollen wir nicht endlich den Mut aufbringen und uns denen entgegenstellen, die diesen Unsinn der „mutlosen“ Haushalte immer und immer wieder vor sich hin beten. Es geht nicht um Konsolidierungs-Mut. Es geht um Klugheit.

Klugheit setzt voraus, dass man erkennt, was „Stadt“ eigentlich leistet. Und wozu sie es tut. Dies gilt es zu erkennen und sich dazu auch zu bekennen. Und dann organisiert man es so, dass wir belegen können, dass wir es so wirtschaftlich als irgend möglich machen. So effizient, so bürgerfreundlich, so schnell und unbürokratisch wie irgend möglich. Das können wir sicher noch viel besser als wir es heute tun. Aber wir sind auf dem richtigen Weg.

Die Menschen wollen kein Rathaus, das nur an zwei Tagen der Woche geöffnet hat, wollen keine Stadt, die sagt, Schwimmen könnt ihr hier nur im Sommer in der Ostsee, weil wir Schwimmbäder schließen, wollen keine Parks, in denen nur noch das Unkraut blüht, wollen

keine kaputten Schulen, wollen keine Rechtsansprüche auf Kitaplätze, die nicht eingelöst werden, wollen keine Theater, die sie nur in Hamburg besuchen können, wollen keine Büchereien, in denen die neuesten Bücher vor fünf Jahren gekauft wurden, wollen keine Feuerwehr, deren Wagen keine Winterreifen haben, wollen keine Mehrgenerationenhäuser, die wir aus Personalmangel wieder schließen. All dies dennoch zu tun, ist nicht mutig – es ist nur dumm. Wir brauchen keinen dummen Haushalt. Wir brauchen einen guten. Ein Haushalt ist dann gut, wenn er belegen kann, dass der eingesetzte Euro genau die Wirkung erzielt, die wir wollen. Nicht irgendwie zufällig, sondern gesteuert und bewusst. Ein Haushalt ist gut, wenn er sparsam mit den Steuermitteln der Bürger umgeht. Sparsam heißt aber nicht, dass er möglich wenig Geld ausgibt, sondern dass er für die notwendigen Aufgaben nur das nötige Geld ausgibt.

Es ist nicht mein Ziel, Mutlosigkeit in unsere Stadt zu tragen, in dem wir ohne Sinn und Verstand einfach pro rata die Zukunft aus dieser Stadt kürzen. Wer diesen Weg geht, der hat dieselbe Vorstellung von Mut wie Lemminge sie haben. Es ist mein erklärtes Ziel, mit Ihnen gemeinsam einen wirkungsorientierten Haushalt zu erreichen, der definiert, wo die Stadt hin will, der definiert, welches die dazu notwendigen Schritte sind und welches die dafür notwendigen Ressourcen sind. Und der die Zielerreichung permanent kontrolliert und bei Abweichungen permanent nachsteuert.

Meine Damen und Herren, die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen und das Fehlen wirklich relevanter und nachhaltiger großer Einsparspielräume habe ich beschrieben. Umso wichtiger ist es, dass wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass unsere Stadt wachsen kann.

Kiel braucht und hat Zukunftsperspektiven!

An wen Gewerbeflächen vermietet oder verkauft werden, entscheidet der Markt und nicht die Stadt.

Unternehmen kommen aber nicht nach Kiel und investieren hier, weil Sie oder ich das wollen, sondern weil sich die Unternehmen in Kiel willkommen fühlen.

Und Unternehmen sind in Kiel willkommen!

Die Verwaltung ist offen für Gespräche und viele Kontakte bestätigen, dass diese Offenheit wahrgenommen wird. Der Erhalt von Arbeitsplätzen, die Ansiedlung von Unternehmen und die Werbung um Neubürgerinnen und Neubürger sind wichtige Beiträge zur Haushaltskonsolidierung.

Dort wo möglich und unter einem angemessenen Mitteleinsatz vertretbar, wird die Stadt allerdings und trotz enger Spielräume eigene Akzente setzen. Es ist ein sehr positives Zeichen für unsere Stadt, dass sie in einem der jüngsten Markenbewertungen als eine der attraktivsten Städte in Deutschland für Familien gesehen wurde. Wir liegen dort auf Platz vier, bei den unter 29jährigen sogar hinter München auf Platz zwei!

Die **Projektidee „Kiels Mitte im Aufwind“** ist keine städtebauliche Spielerei. Eine städtebaulich attraktive Innenstadt steigert die Aufenthalts- und Wirtschaftsqualität. Die Kieler Innenstadt wird sich dadurch künftig noch wettbewerbsrobuster positionieren können. Dies ist nicht zuletzt im Wettbewerb gegen das Umland oder um auswärtige Gäste unabdingbar.

Dies gilt gleichermaßen für die Entwicklung an und um die Kieler Förde. Dieser einzigartige Trumpf mit einem Hafen in der Innenstadt muss noch weiter entwickelt und aufgewertet werden.

Vielleicht mit der Vision eines Bauwerks, das beim Einfahren in die Förde deutlich sichtbar für Kiel wirbt oder mit der Wiederauferstehung eines „Stadtstrands“.

Die Stadt kann und will nicht dauerhafter Betreiber eines **Flughafens** sein.

Aber sie kann das Gelände so entwickeln, dass dort Gewerbe und Arbeitsplätze bleiben und neue entstehen können.

Einkommenssicherung durch Beschäftigung ist Haushaltskonsolidierung im besten Sinne. Wir alle wissen um den Zustand unserer Schulbauten. Genauso wissen wir aber alle auch um die Bedeutung von Bildung. Für die Menschen aber gleichzeitig auch für die Stadt. Denn kluge Menschen brauchen sehr oft keine Sozialleistungen.

Hier sind mit den **RBZ-Vorhaben Großprojekte** angelaufen, die ein deutliches Signal für Bildung und Zukunft in Kiel setzen werden.

Gelingt der Einstieg in eine ÖPP dieser Größenordnung kann dies zudem für die Entwicklung weiterer Projekte und gerade vor dem Hintergrund engster Haushaltsbedingungen Maßstäbe setzen. Natürlich hilft ÖPP nicht beim Abbau von Schulden. Die Zusammenarbeit mit Privaten kann aber helfen, Effizienzvorteile zu heben, die die Haushalte wenigstens entlasten.

Der schlechte Zustand unserer **Schwimmbäder** wurde schon vor Jahren dokumentiert. Mit den Planungen für ein neues Bad an zentraler Stadt soll diesen Mängeln begegnet werden. Natürlich mit Augenmaß und wirtschaftlicher Vernunft. Auch eine Stadt am Wasser muss es sich aber leisten, Schülerinnen und Schülern Schwimmunterricht zu ermöglichen. Eine Welthauptstadt des Segelns, die nicht schwimmen kann, hat beim Segeln nichts verloren.

Stadtweit zu denken, heißt nicht, Probleme zu verschleiern. Immer wieder wird dabei an Gaarden gedacht. Gaarden ist kein „Problemstadtteil“, sondern ein Teil Kiels, den es zu entwickeln gilt!

Ja, es gibt dort negative Entwicklungen. Diese gilt es aber, nicht nur festzustellen und zu beklagen, sondern aktiv anzugehen.

Ich werde in Kürze meine Vorstellungen zur Veränderung der Situation im Stadtteil Gaarden vorstellen. Hierzu wird die soziale Infrastruktur ebenso zählen, wie Veränderungen im Wohnumfeld.

Dazu wird auch sehr viel dezidierter zu hinterfragen sein, wofür und mit welchem Erfolg haben wir bislang wie viel Geld ausgegeben.

Die Wirkungsorientierung des Haushaltes soll in Gaarden greifbar werden.

Möglicherweise werden wir dabei künftig noch stärker priorisieren müssen, wo und wofür wir Geld ausgeben. Problemen wirksam zu begegnen ist aber allemal eine lohnenswerte Investition für die gesamte Stadt.

Das „**Wirtschaftsbüro Gaarden**“ ist ein weiterer Baustein, der sicher zunächst dem Stadtteil, aus meiner Sicht aber letztlich der gesamten Stadt zu Gute kommen wird.

### **Kiel ist Marinestandort und muss Marinestandort bleiben.**

Die Soldatinnen und Soldaten und der Marinehafen sind aus dem Stadtbild nicht wegzudenken. Die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Dienststellen der Wehrverwaltung gehören zu und nach Kiel.

Selbstverständlich hat der Bundeswehrstandort Kiel eine hohe wirtschaftspolitische Bedeutung für Kiel und Umgebung. Nüchtern formuliert ist die Bundeswehr „haushaltsrelevant“.

Wir müssen deshalb gemeinsam dafür kämpfen, dass dies dauerhaft so bleibt. Dazu hat sich ein parteiübergreifendes Bündnis gebildet, das gemeinsam mit der Verwaltung laut für Kiel trommelt.

Dieses Bündnis begrüße ich ausdrücklich, weil es, losgelöst vom Thema „Bundeswehr“, die Interessen und die Zukunft Kiels in den Vordergrund rückt. Eine Gemeinsamkeit, die ich mir so auch bei anderen Projekten wünsche.

Da die Entscheidungen über die Bundeswehrstandorte und deren Größe aber woanders getroffen werden, müssen wir uns gleichzeitig auf ein Kiel mit weniger Bundeswehr vorbereiten, etwa auf dem Gelände des Marinefliegergeschwaders 5 in Holtenau. Dies ist Zukunftssicherung.

**Das bürgerschaftliche Engagement** zum Thema „Stadtgalerie“ will ich als Startsignal aufgreifen für eine breitere Bürgerbeteiligung auf dem Weg, unsere Stadt stärker zu machen. Dazu geführte erste sehr gute Gespräche verdeutlichen die Richtigkeit, Kunst, Kultur, Wissenschaft und bürgerschaftliches Engagement enger miteinander zu vernetzen, für den Erhalt und die Pflege der Kieler Kulturlandschaft.

Diesen Dialog werde ich fortsetzen, nicht nur – aber auch, um die Kräfte für unsere Stadt, außerhalb des städtischen Haushaltes, noch stärker zu mobilisieren. Die Kielerinnen und Kieler sind aufgerufen, ihre Stadt mitzudenken und mit zu entwickeln.

Wichtig ist, nicht allein bei der Kritik stehen zu bleiben, sondern Vorschläge zu machen.

**Fazit:**

Langfristig verlässlich anzukündigen, wann ein kommunaler Haushalt die „Null“ erreicht, ist ökonomischer Unfug. Dies werden wir deshalb nicht tun.

An der Richtigkeit, nicht auf andere zu warten, sondern eigenständig klug unseren Haushalt zu konsolidieren – ihn besser zu machen, ändert dies nichts! Zu konsolidieren, um unsere Stadt zu erhalten, nicht um sie auf Null zu fahren.

Diesem Auftrag stellt sich meine Verwaltung. Schritt für Schritt. Klug und voller Mut. Dem Mut, sich an die Seite unserer Stadt zu stellen. Ich danke dem Kämmerer und meiner Verwaltung für diesen sparsamen Haushalt, der die richtigen Impulse setzt für unsere Stadt. In diesem Sinne freue ich mich auf die Diskussion an den nächsten beiden Tagen.